Das Magazin der CDU Berlin www.cdu.berlin

3/2025

BERLINER RUNDSCHAU

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise einmal im Quartal.

Kai Wegner im Weihnachts-Interview

Stefan Evers zu Investitionen in Berlins Zukunft

Zum sechsten Mal Eberhard-Diepgen-Preis feierlich verliehen

Im Spiegel der Presse

„Während der Koalitionspartner SPD über die Verwendung des Begriffs Clan-Kriminalität und Pressebegleitung bei Razzien streitet, macht die CDU mit einem Anti-Clan-Plan Nägel mit Köpfen.“
(B.Z. vom 15.11.2025)

„Situation hat sich spürbar verbessert: Es gibt wieder mehr Termine in Berlins Bürgerämtern.“
(Tagesspiegel vom 09.09.2025)

„Erfolg für Berlin im Kampf gegen die organisierte Kriminalität bei der Justizministerkonferenz in Leipzig: Am Freitag hat das Gremium auf Vorschlag von Justizsenatorin Felor Badenberg (CDU) ein härteres Vorgehen im Bereich der Autovermieter beschlossen.“
(Tagesspiegel vom 08.11.2025)

„Wegner machte sich stark: Endlich ein eigener Hauptstadt-Heli für die Berliner Polizei.“
(B.Z. vom 12.11.2025)

„Der Betreuungsschlüssel für Kitakinder unter drei Jahren wird im nächsten Jahr schrittweise verbessert werden. Der Senat hat am Dienstag beschlossen, dass ab Januar eine Erzieherin rechnerisch ein halbes Kind weniger betreuen soll und ab August ein ganzes.“
(rbb24 vom 16.09.2025)

„Baustellen-Koordinator soll kontrollieren: Wegner will Baustellen in Berlin intensiver überwachen lassen.“
(Tagesspiegel vom 04.09.2025)

„Mehr Abschiebungen in Berlin – Unter Rot-Rot-Grün nicht denkbar gewesen.“
(B.Z. vom 15.07.2025)

„Mit dem neuen Polizeirecht setzt sich die Berliner CDU gegen die SPD durch und hält Wort: Im Wahlkampf 2023 hatte die Union versprochen, die innere Sicherheit zu erhöhen.“ *(Bild vom 03.12.2025)*

„Was in 25 Jahren nicht geklappt hatte, wollte Wegner in zwei Jahren erreichen. Übergeschnappt dachten viele über den damals ob seiner Wahl zum Regierungschef geradezu euphorischen Wegner. Sie haben sich in ihm getäuscht.“
(Tagesspiegel vom 26.06.2025 über die Verwaltungsreform)

IN DIESER AUSGABE...

Kai Wegner im Interview

blickt zurück auf die Erfolge des vergangenen Jahres und was als Nächstes ansteht. Mehr auf
Seite 4 und 5

In acht Bundesländern

wird im nächsten Jahr gewählt. Wo außer Berlin noch Urnengänge anstehen erfahren Sie auf der
Seite 6

Warum Olympia

ein Investitionsbooster für die Hauptstadt sein könnte und wie Sie dabei unterstützen können, steht auf der
Seite 14

Die Gewinner

der sechsten Verleihung des Eberhard-Diepgen-Preises für sozialen Zusammenhalt präsentieren wir auf der
Seite 15

Eine Weihnachtsgeschichte

aufgezeichnet vom Gründer und Vorsitzenden der Kinderstiftung Die Arche, Pastor Bernd Siggelkow, finden Sie auf der
Seite 16

Viel getan – viel zu tun!
Für das kommende Jahr werden wir weiter daran arbeiten, dass Berlin die sichere, saubere und lebenswerte Metropole wird, die die Berlinerinnen und Berliner verdienen.

Liebe Leserinnen und Leser,

die CDU macht Berlin sicher. Die CDU-geführte Koalition in Berlin hat das Berliner Polizeirecht grundlegend reformiert. Damit bekommen wir eines der modernsten und effizientesten Polizeigesetze in der ganzen Bundesrepublik – die Änderungen umfassen über 700 Seiten Text. Mit dem neuen Gesetz können Überwachungsvideos aus Bus und Bahn länger gespeichert werden. Die Videoüberwachung wird an Verbrechenshotspots deutlich ausgedehnt. Telekommunikationsanbieter werden zur engeren Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden verpflichtet. Die Polizei bekommt weitere Befugnisse im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus. Schließlich werden auch schwierige Themen wie der finale Rettungsschuss rechtlich geregelt.

„Die CDU-geführte Koalition in Berlin hat das Berliner Polizeirecht grundlegend reformiert.“

Das Gesetz sorgt einerseits für eine bessere Verbrechensbekämpfung. Zugleich sorgt es aber auch für mehr Rechtssicherheit für Beamte im Dienst und Bürger, da nun auch Fragen geregelt werden, für die es bisher keine rechtssichere Grundlage gab, beispielsweise der Rettungsschuss.

Mit dem Polizeigesetz gehen wir den nächsten Schritt auf unserem Weg zu einem sicheren Berlin – ein Weg, auf dem wir aber schon weit gekommen sind. Wir gehen gegen die Clankriminalität vor und ziehen unrechtmäßig erworbenes Vermögen ein. Außerdem sagen wir der Drogenkriminalität den Kampf an. Zugleich sorgen wir dafür, dass die Polizei die bestmögliche Ausstattung für ihre Arbeit erhält.

Als CDU Berlin setzen wir uns aber genauso für ein sauberes Berlin ein. Die Berlinerinnen und Berliner haben den klaren Anspruch, dass sie nicht in einer vermüllten Stadt leben müssen. Dafür haben wir den Strafkatalog für illegal abgeladenen Müll deutlich verschärft. Eine achtlos entsorgte Zigarettenkippe kostet beispielsweise nun 250 € Strafe, ein illegal abgelegter Autoreifen 700 €. Um die Ermittlung dieser Strafen kümmern sich nun weitere Mülldetektive in den Bezirken. Die BSR wird gestärkt und soll besonders auf die Sauberkeit an öffentlichen Orten wie Spielplätzen aufpassen.

Viel getan – viel zu tun! Für das kommende Jahr werden wir weiter daran arbeiten, dass Berlin die sichere, saubere und lebenswerte Metropole wird, die die Berlinerinnen und Berliner verdienen. Das ist unser Anspruch und genau hier werden wir im neuen Jahr weitermachen.

Ich wünsche Ihnen von Herzen eine frohe Weihnachtszeit und alles Gute, Gesundheit, Glück und Erfolg für das neue Jahr 2026.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Ottilie Klein

Dr. Ottilie Klein
Generalsekretärin der CDU Berlin

Kai Wegner (53) beschreibt im Interview die Erfolge seiner CDU-geführten Landesregierung bei den Themen Bürgerämter, Sicherheit, Abschiebungen, Mieterschutz, Bildungsmonitor und Wirtschaftswachstum.

„Berlin steht vor einer klaren Richtungsentscheidung.“

Berlins Regierender Bürgermeister im Gespräch

Berliner Rundschau (BR): ***Herr Wegner, viele Berlinerinnen und Berliner waren genervt, weil sie jahrelang kaum Termine im Bürgeramt bekommen haben. Sie sagen heute: Diese Zeit ist vorbei. Ist Berlin wirklich aus dem Verwaltungschaos heraus?***

Kai Wegner: Wir sind deutlich vorangekommen. Die Situation in den Bürgerämtern hat sich spürbar entspannt. Die Bürgerämter funktionieren wieder; es ist problemlos möglich, einen Termin zu buchen. Wie haben wir das erreicht? Wir haben zusätzliches Personal eingestellt, einen Springerpool aufgebaut, neue Standorte eröffnet und viele Dienstleistungen digitalisiert. Zahlreiche Angebote gibt es inzwischen sogar ganz ohne Termin, und bei dringenden Anliegen kann man auch spontan ins Bürgeramt kommen. Das war vor kurzer Zeit kaum möglich. Gleichzeitig gehen wir mit der von unserer CDU-geführten Landesregierung eingeleiteten Verwaltungsreform, über die 25 Jahre lang diskutiert wurde, die Strukturen an: klare Zuständigkeiten, klare Verantwortung, weniger Doppelzuständigkeiten. Das ist der größte Modernisierungsschub seit Jahrzehnten. Einen so großen Verwaltungsapparat verändert man nicht über Nacht, aber wir verändern ihn – und das merken die Menschen.

(BR): ***Reden wir über Sicherheit. Was bewirkt das neue Polizeigesetz?***

Kai Wegner: Mit der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen sogenannten ASOG-Novelle bekommt Berlin eines der modernsten und konsequentesten Polizeigesetze in Deutschland. Tatverdächtige können schneller ermittelt, Straftaten konsequenter verhindert und Frauen besser vor häuslicher Gewalt geschützt werden. Unsere Sicherheitsbehörden werden im Kampf gegen Organisierte Kriminalität und bei der Vereitelung von Terroranschlägen gestärkt. Moderne Technik entlastet die Polizei, sie erhält klarere Befugnisse, bessere Werkzeuge und mehr Rückhalt. Zugleich sieht man an den polizeilich registrierten Straftaten im Bereich der BVG, dass sich bereits jetzt etwas verändert: Sie sind im ersten Halbjahr 2025 um über 17 Prozent gesunken – der niedrigste Wert seit mindestens zehn Jahren. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis von mehr Präsenz, Bodycams, intelligenter Videotechnik und gemeinsamen Sicherheitsstreifen.

(BR): ***Beim Thema Abschiebungen sprechen Sie von einer „Migrationswende“. Was heißt das konkret?***

Kai Wegner: Es heißt, dass wir den Rechtsstaat ernst nehmen. In den ersten drei Quartalen 2025 wurden bereits 1.267 Menschen abgeschoben – fast so viele wie im gesamten Jahr 2024. Im Bundesvergleich liegt Berlin bei den absoluten Zahlen auf dem fünften Platz, in Relation zum Königsteiner Schlüssel sogar auf Platz zwei. Das zeigt: Wir schauen nicht weg. Klar ist aber auch: Wer ein Bleiberecht hat oder gut integriert ist, soll eine Perspektive haben. Wer dauerhaft kein Aufenthaltsrecht hat, muss unser Land wieder verlassen. Humanität und Ordnung gehören zusammen. Nur dann behalten wir die Akzeptanz für Asyl und Zuwanderung.

(BR): ***Was tun Sie konkret gegen steigende Mieten?***

Kai Wegner: Wir handeln beim Mieterschutz und beim Neubau. Die Bundesregierung hat den Rahmen geschaffen, wir setzen ihn um: Die Mietpreisbremse wird in Berlin bis Ende 2029 verlängert. So schützen wir Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieten bei Neuvermietungen. Mit der Verlängerung der Umwandlungsverordnung bis Ende 2030 sichern wir bezahlbaren Wohnraum und die soziale Mischung in den Quartieren. Parallel treiben wir den Wohnungsbau voran – nur so entstehen zusätzliche Wohnungen für Familien und Seniorinnen und Senioren, für Studenten, Azubis und Fachkräfte, die in unsere Stadt kommen wollen.

(BR): ***In der Bildung ist Berlin im INSM-Bildungsmonitor von Platz 15 auf Platz 11 gestiegen. Reicht Ihnen das?***

Kai Wegner: Es ist ein klarer Aufwärtstrend, aber kein Grund, sich auszuruhen. Wichtig ist: Berlin holt auf. Wir haben starke Werte bei Unterrichtsstunden, Betreuungsrelationen, Investitionen in Schulbau und bei der Altersstruktur im Kollegium. Wir haben die Vorschule wieder eingeführt. Bei den relativen Bildungsausgaben für Grundschulen liegen wir bundesweit auf Platz eins, und es fehlen aktuell nur noch rund 60 Lehrkräfte. Mit der Schulbauoffensive haben wir seit Beginn etwa 50.000 neue Schulplätze geschaffen, 32 neue Schulgebäude und 110 modulare Ergänzungsbauten errichtet. Rund 1.000 Maßnahmen stehen im aktuellen Investitionsprogramm. Das alles war nur möglich, weil die CDU regiert. Und das ist konkret im Alltag spürbar – an moderneren Schulen und kleineren Klassen.

(BR): ***Sie sagen, die Bewerbung um Olympische Spiele sei für den Senat „oberste Priorität“. Warum ist Olympia das richtige Großprojekt für Berlin?***

Kai Wegner: Weil Olympia weit mehr ist als zwei Wochen Sport. Wir wollen das größte sportliche Highlight der Welt nach Berlin holen – als Investitionsbooster für die Stadt, die Region und Ostdeutschland. Eine erfolgreiche Bewerbung würde gezielte Investitionen in Infrastruktur, Nahverkehr und Wohnungsbau ermöglichen, von denen die Menschen noch Jahrzehnte profitieren. So ein Projekt funktioniert aber nur mit Rückhalt in der Stadtgesellschaft. Deshalb will ich das olympische Feuer nicht nur ins Stadion holen, sondern in die Herzen der Berlinerinnen und Berliner

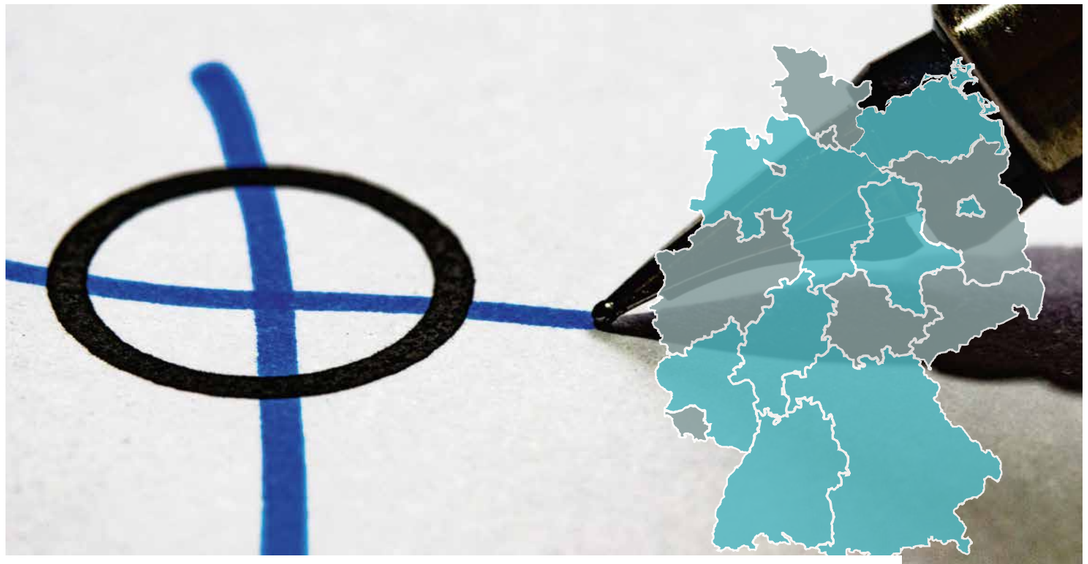
tragen. Berlin ist Sportmetropole, vielfältig und begeisterungsfähig. Wenn wir nachhaltig planen, transparent kommunizieren und die Menschen mitnehmen, bin ich überzeugt: Um Spiele nach Deutschland zu holen, wird man an Berlin nicht vorbeikommen.

(BR): ***Schauen wir auf die Wirtschaft: Während das Bruttoinlandsprodukt bundesweit 2024 geschrumpft ist, ist es in Berlin gewachsen. Wie stabil ist dieser Vorsprung?***

Kai Wegner: Berlin steht wirtschaftlich stabil und dynamisch da. 2024 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,8 Prozent gewachsen – zum zwölften Mal in Folge stärker als im Bundesdurchschnitt. Wir haben eine sehr lebendige Start-up-Szene. Von rund sieben Milliarden Euro Venture Capital in Deutschland gingen 2,2 Milliarden Euro nach Berlin. Die Übernachtungszahlen liegen wieder bei mehr als 30 Millionen. Im ersten Halbjahr 2025 liegt Berlin mit einem Wachstum von 1,3 Prozent deutlich über dem Bundeswert. Diese Entwicklung schafft Jobs, Chancen und Aufstiegsperspektiven – und sie zeigt, dass Berlin mehr ist als nur Politik und Kultur: Berlin ist auch Wirtschafts- und Innovationsmotor.

(BR): ***Im September 2026 wird in Berlin gewählt. Was steht aus Ihrer Sicht politisch auf dem Spiel?***

Kai Wegner: Berlin steht vor einer klaren Richtungsentscheidung. In den Umfragen ist die Linkspartei nach der CDU zweitstärkste Kraft und damit unser schärfster Konkurrent. Gleichzeitig radikalisiert die Linke sich immer weiter, hetzt gegen Polizistinnen und Polizisten, zeigt klare antisemitische Tendenzen und entwickelt sich zu einer linksradikalen Partei. Diese Partei darf in dieser Stadt keine Verantwortung bekommen. Die Berlinerinnen und Berliner entscheiden, ob Berlin auf einem Kurs der Mitte bleibt – mit Sicherheit, wirtschaftlicher Stärke, guter Bildung und einer funktionierenden Verwaltung – oder ob die Stadt wieder in ideologische Experimente abgleitet – in verschärfter Form. Ich werbe dafür, dass Berlin weiter pragmatisch, aus der Mitte heraus, regiert wird. Die Wahl 2026 ist eine Entscheidung, in welche Richtung sich Berlin entwickeln wird.



2026 – Wahlen in acht Bundesländern

Das **Wahljahr 2026** wirft seine Schatten voraus: In gleich fünf Bundesländern – Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin – werden neue Landesregierungen gewählt; außerdem wird noch auf kommunaler Ebene gewählt in **Bayern** (8. März), **Hessen** (15. März) und **Niedersachsen** (13. September).

In **Baden-Württemberg** stehen die Chancen für den dortigen Landes- und Fraktionschef Manuel Hagel gut, nach der Landtagswahl am 8. März die „grüne Ära" zu beenden und jüngster Ministerpräsident des Landes zu werden. Aktuelle Umfragen von Infratest dimap (Oktober 2025) sehen die CDU derzeit mit 29% und einem deutlichen Abstand von 9 Prozentpunkten an der Spitze, während die Grünen im Vergleich zur letzten Wahl 12% verlieren.

Nur zwei Wochen später geht es bei der Landtagswahl in **Rheinland-Pfalz** am 22. März für Gordon Schnieder und die CDU darum, die SPD nach 25 Jahren endlich als Regierungspartei abzulösen. Auch an Rhein und Mosel sehen aktuelle Umfragen die CDU mit 29% klar als stärkste Kraft, mit 6 Prozentpunkten Vorsprung vor den Sozialdemokraten auf Platz 2.

Ganz anders stellt sich die Situation in **Mecklenburg-Vorpommern** dar, wo die Regierungsbildung nach der Landtagswahl am 20. September schwierig werden dürfte. Nach aktuellen Umfrageergebnissen wäre die rot-rote Landesregierung abgewählt. Die Sozialdemokraten mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, die das Land seit 27 Jahren regieren, rutschen einer Umfrage von Infratest dimap zufolge auf 19% ab. Damit würden sie ihr Ergebnis von 2021 mehr als halbieren, während die AfD ihr Ergebnis mit 38% mehr als verdoppeln könnte.

In **Sachsen-Anhalt** will die CDU zur Landtagswahl im September das wiederholen, was bereits fünf Jahre zuvor unter Führung des nun scheidenden Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff gelungen war: In den letzten sechs Wochen vor der Wahl 2021 starteten die Christdemokraten ihre Aufholjagd gegenüber der AfD und wurden am Wahlabend mit 37,1% der Stimmen die mit Abstand stärkste Kraft. Noch eine Woche vor dem Wahltag hatte eine repräsentative INSA-Umfrage die Union bei nur 27% gesehen.

Die alte Weisheit, dass Umfrageergebnisse keine Wahlergebnisse sind, bewahrheitete sich nicht zuletzt nach dem fulminanten Wahlkampf der CDU Berlin zur Wiederholungswahl in der Hauptstadt im Februar 2023. Mit einem Ergebnis von 28,2% übertraf die Union die damaligen Prognosen deutlich und landete fast 10 Prozentpunkte vor der SPD und den Grünen. Denen war diese Wahlschlappe Anlass genug, Rot-Rot-Grün nicht fortzusetzen, obwohl bis zum heutigen Tage rechnerisch eine linke Mehrheit vorhanden wäre. Seither führen die Christdemokraten mit Kai Wegner als Regierenden Bürgermeister die Meinungsumfragen in der Hauptstadt konstant und mit Abstand an.

Am 20. September wählt Berlin nun nach nur dreieinhalb Jahren schon wieder. Das ist dann ziemlich genau fünf Jahre nach der ursprünglich in 2021 begonnenen und durch die Wiederholungswahl nicht unterbrochenen Legislaturperiode. Bei der Urspungswahl am 26. September 2021 erzielte die CDU genau 18 %.

Modernisierung Deutschlands erfolgreich auf den Weg gebracht

Am 6. Mai 2025 wurde Friedrich Merz zum zehnten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Seitdem hat die unionsgeführte schwarz-rote Bundesregierung zentrale Reformen zur Stärkung der Wirtschaft und zur Begrenzung der illegalen Migration auf den Weg gebracht. „Die Koalition hat entschlossen und konzentriert gearbeitet. Die Asylanträge haben sich gegenüber dem letzten Jahr mehr als halbiert und sind auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Mit Superabschreibungen für Investitionen, der Absenkung der Unternehmenssteuern sowie der Senkung der Energiekosten sorgen wir für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen", bilanziert der Vorsitzende der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Jan-Marco Luczak die ersten Regierungsmonate.

Mit der größten Steuerreform seit 20 Jahren werden Unternehmen mit Abschreibungen für Investitionen von bis zu 30 Prozent pro Jahr bis 2029 um mehr als 45 Milliarden Euro entlastet. Ab 2028 werden die Unternehmenssteuern schrittweise von derzeit 15 auf 10 Prozent gesenkt. Mit dem neu eingerichteten Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität in Höhe von 500 Milliarden Euro investiert die Bundesregierung massiv in die Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Allein im Bundeshaushalt 2026 stehen rund 118 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung – ein historischer Höchststand.

„Unsere Wachstumsschwäche ist das Ergebnis struktureller Defizite, nicht mehr wettbewerbsfähiger Steuern, hoher Lohnnebenkosten, lähmender Bürokratie und nicht zuletzt fehlender Investitionen in unsere Infrastruktur – all das gehen wir jetzt mit großem Nachdruck an. Unser Land braucht strukturelle Reformen, wenn wir Wohlstand, Arbeitsplätze und Zukunftschancen erhalten wollen. Die Abschaffung des Bürgergeldes und die Überführung in eine neue Grundsicherung gehört für mich dazu", betont der Abgeordnete für Tempelhof-Schöneberg.

Das von der Ampel eingeführte Bürgergeld, das zuletzt mehr als 47 Milliarden Euro jährlich kostete, wird im kommenden Jahr abgeschafft und durch eine neue Grundsicherung ersetzt, die wieder einen klaren Fokus auf das Prinzip des Förderns und Forderns legt. Wer Termine nicht wahrnimmt oder zumutbare Arbeit wiederholt nicht annimmt, muss mit konsequenten Leistungskürzungen bis hin zum vollständigen Wegfall der Leistungen rechnen.

„Ich finde das richtig und gerecht, denn die Kosten werden von denjenigen gezahlt, die jeden Tag aufstehen und arbeiten gehen. Menschen, die wirklich auf Hilfe angewiesen sind, werden auch weiterhin und sehr viel gezielter unterstützt", erklärt Luczak die anstehende Reform.

Während die Sanktionen für Totalverweigerer beim Bürgergeld deutlich verschärft werden, entlastet die schwarz-rote Koalition gezielt die hartarbeitende Mitte. Die Pendlerpauschale steigt ab dem 1. Januar 2026 auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer. „Damit entlasten wir gezielt die hart arbeitende Mitte und die vielen Millionen Pendler in unserem Land", so Luczak.

Verbraucher und Unternehmen werden im kommenden Jahr zusätzlich durch eine Absenkung der Stromsteuer und Netzentgelte bei den Energiekosten um rund 10 Milliarden Euro entlastet.

Sicherheit, Sauberkeit, Schutz:

Klausurtagung der CDU Berlin in Magdeburg

Die CDU Berlin war mit dem im September gewählten Landesvorstand in Magdeburg zur Klausur. Bei der zweitägigen Beratung standen jene Themen im Vordergrund, die die politische Arbeit in den kommenden Monaten prägen werden und zugleich den inhaltlichen Einstieg in das Wahljahr 2026 markieren. Im Mittelpunkt standen vier Beschlüsse in den Bereichen Sicherheit, Sauberkeit, Unterstützung für Alleinerziehende und Schutz jüdischen Lebens. Im Rahmen der Tagung gab es auch einen Austausch mit Ministerpräsident Reiner Haseloff sowie dem CDU-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Sven Schulze. In Sachsen-Anhalt wird am 6. September ein neues Landesparlament gewählt; nur zwei Wochen vor der Wahl in Berlin. Mit den Beschlüssen (siehe QR-Code) liegt der Schwerpunkt der CDU auch zur Jahreswende unverändert darauf, Berlin jeden Tag ein Stück besser zu machen.

Klare Kante gegen Gewalt an Frauen

Der Schutz von Frauen hat für die CDU Berlin hohe Priorität. Unter unserer Verantwortung wird er finanziell wie gesetzlich spürbar ausgebaut. Berlin lässt Betroffene nicht allein. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine erschütternde Realität, oft unsichtbar, aber mit gravierenden Folgen. Die CDU-geführte Berliner Koalition setzt deshalb ein klares Zeichen. Es werden Schutzplätze ausgebaut, ein weiteres Frauenhaus geschaffen und bestehende Angebote gesichert. Gleichzeitig wird das Polizeirecht verschärft: Längere Betretungsverbote, neue Kontakt- und Näherungsverbote sowie die elektronische Fußfessel in Hochrisikofällen stärken den Opferschutz deutlich. Ergänzt durch besseren Datenschutz und schnellere Hilfe zeigt Berlin: Gewaltschutz hat Vorrang.

Israels Flagge nach 2 Jahren eingeholt

Nach mehr als zwei Jahren wurde nun vor dem Roten Rathaus die Israelische Flagge eingeholt (Symbolbild) und als Zeichen der Verbundenheit an Berlins Partnerstadt Tel Aviv geschickt. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner: „Ich habe immer gesagt, dass die Flagge Israels so lange vor dem Roten Rathaus in Berlin weht, so lange noch eine Geisel von der Hamas gefangen gehalten wird." Und weiter versicherte er: „Wir werden im Kampf gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit nicht nachlassen, sondern alles dafür tun, dass Jüdinnen und Juden in Berlin und Deutschland sicher leben können."

Gewinnspiel

Leserinnen und Leser unseres wöchentlichen Newsletters kennen unser Gewinnspiel schon seit Längerem. Sollten Sie als CDU-Mitglied den Newsletter nicht erhalten, liegt es womöglich daran, dass Sie keine (aktuelle) Email-Adresse in Ihrer Kreisgeschäftsstelle hinterlegt haben. Hier nun unsere neue Gewinnfrage, die Sie bei Lektüre dieser Berliner Rundschau sicher einfach beantworten können:

Zum wievielten Mal wurde Ende November der Eberhard-Diepgen-Preis für sozialen Zusammenhalt verliehen?

a) zum vierten Mal
b) zum fünften Mal
c) zum sechsten Mal

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir erneut eine CDU-Tasse.

Bitte senden Sie Ihre Antwort unter Angabe von Vor- und Nachnamen sowie Ihrer Adresse bis zum 31. Dezember an cduberlin@cdu.berlin, Betreff „Gewinnspiel".

Teilen Sie uns außerdem mit, ob wir im Falle eines Gewinns Ihren Namen und Ihren Kreisverband veröffentlichen dürfen.

TOP

Schluss mit Warten!

Lange war es in Berlin fast unmöglich, einen Termin im Bürgeramt zu bekommen. Wer seinen Pass verlängern wollte, musste oft monatelang warten und dann auch noch weit fahren. Mit Kai Wegner im Roten Rathaus wurde das Thema zur Chefsache – mit Erfolg. Wenn man online einen Termin beim Bürgeramt buchen möchte, sieht man: freie Termine, von Montag bis Freitag. Möglich wurde dies durch mittlerweile mehr als 400 digitale Angebote (u.a. Wohnsitzanmeldung, Meldebescheinigung), zusätzliche Mitarbeiter, einen Springerpool und weitere Bürgerämter.

FLOP

Judenhass bei den Linken

Die Linke und der Judenhass: Unter dem Deckmantel der „Israelkritik" werden immer wieder das Existenzrecht Israels infrage gestellt, die Hamas-Terroristen verharmlost, die antisemitische BDS-Bewegung unterstützt und Feste mit Terrorunterstützern gefeiert. Kritiker werden mundtot gemacht. Als Unterstützung Israels dürfte es auch nicht zu verstehen sein, wenn jetzt die linke Spitzenkandidatin fordert, eine Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Ramallah – dem Sitz der palästinensischen Autonomiebehörde, wo laut Umfragen viele Menschen weiterhin die Hamas-Massaker vom 7. Oktober bejubeln und die Terrorgruppe unterstützen.

Starker Kulturstandort Berlin – wichtige Investitionen in die Kulturmetropole unseres Landes

Ein Beitrag von Dr. Ottilie Klein, Kulturpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundeshaushalt 2026 ist beschlossen und gerade im Kulturbereich haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion deutlich gemacht, dass wir die vielfältige Kulturlandschaft in Deutschland erhalten und weiter stärken wollen. Das lässt sich auch im Haushalt erkennen. Noch nie hat der Bund so viel Geld für Kultur und Medien bereitgestellt wie im Bundeshaushalt 2026. Wir investieren massiv in die kulturelle Infrastruktur unseres Landes und statten die Förderfonds des Bundes besser aus, damit wir Kultur in ihrer gesamten Breite in Deutschland zugänglich machen können.

Besonders hat es mich gefreut, dass insbesondere auch Berliner Institutionen sehr von den Schlussverhandlungen des Haushalts profitieren konnten. Das Projekt „Raus in die Stadt" der Komischen Oper wird weiter in großem Umfang unterstützt. Das Jazz-Kühlhaus Berlin erhält bis zu 600.000 € mehr. Das Centrum Judaicum erhält 150.000 € zusätzlich für seine wichtige Bildungsarbeit. Die Projektförderung für das Berliner Bauhausarchiv wird um mehr als 2,6 Mio. € angehoben.

Ein großer Schwerpunkt der Förderungen in Berlin betrifft dabei auch das Thema Gedenkkultur. Anlässlich des 65. Jahrestags des Mauerbaus im kommenden Jahr erhält die Stiftung Berliner Mauer zusätzlich eine Viertelmillion für Bildungs- und Ausstellungsprojekte zum Jahrestag. Außerdem wird absehbar eine Dauerbaustelle in unserer Stadt abgeschlossen: 35 Jahre nach der Wiedervereinigung geht man an die Fertigstellung des Freiheits- und Einheitsdenkmals in der Nähe des Humboldtforums heran. Dafür fließen noch einmal Fördermittel in Millionenhöhe nach Berlin, damit dieses Symbol der Wiedervereinigung zeitnah fertiggestellt werden kann.

Darüber hinaus entsteht ein weiterer Gedenkort nahe dem Kanzleramt. Erst Anfang Dezember hat sich der Bundestag dafür ausgesprochen, dass auf dem Gelände der Krolloper ein dauerhaftes Mahnmal entstehen soll, dass an die Verbrechen der deutschen Besatzung in Polen, an fünf Millionen ermordete polnische Staatsbürger erinnern soll. Wir machen damit deutlich: Deutschland stellt sich seiner Vergangenheit und sucht die Versöhnung und den Austausch mit unserem östlichen Nachbarn, Freund und Partner. Schon im kommenden Jahr wird ein Gestaltungswettbewerb entstehen, in dem auch polnische Vertreter involviert sein werden.

Diese Entwicklungen zeigen einmal mehr, dass Berlin die zentrale Kulturmetropole unseres Landes ist und es in Zukunft auch bleiben wird. Als CDU Berlin werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Berlin ein Leuchtturm der deutschen und internationalen Kulturlandschaft bleibt, auch und gerade in Zeiten knapper Kassen.

Berlin startet durch: Investitionsoffensive für die funktionierende Stadt

Ein Beitrag von Stefan Evers, Bürgermeister und Senator für Finanzen

Über viele Jahre hinweg wurden in Berlin Entscheidungen vertagt, bis die Folgen unübersehbar waren: marode Schulen, Straßennetze in schlechtem Zustand, eine überlastete Verwaltung und Investitionen, die kaum vorankamen. Spätestens die gescheiterte Wahl 2021 machte sichtbar, wie tief die strukturellen Probleme reichten. Der Wahlsieg der CDU zwei Jahre später hat ein deutliches Signal gesetzt: Berlin soll endlich wieder verlässlich funktionieren.

Die CDU in Senat und Abgeordnetenhaus nahm diese Aufgabe an – trotz angespannter Haushaltslage, rasant steigender Kosten und eines gewaltigen Sanierungsstaus in nahezu allen Bereichen. Seitdem wird priorisiert, modernisiert und reformiert. Vor allem aber begann endlich die Investitionsoffensive, die Berlin so lange gefehlt hatte.

Der Doppelhaushalt und das Bundes-Sondervermögen bilden den finanziellen Rahmen für diesen Kurs. Jeder eingesetzte Euro folgt dem Grundsatz, die Stadt spürbar zu verbessern. Erste Ergebnisse sind sichtbar: Noch nie wurden so viele Schulen, Straßen und Brücken saniert oder neu gebaut. Bürgerämter arbeiten wieder stabil und bieten verlässlich Termine an. Die Verwaltungsreform sorgt Schritt für Schritt für mehr Klarheit, Tempo und Transparenz.

Angesichts der enormen Herausforderungen setzt der Senat klare Prioritäten. Investiert wird in das Fundament einer funktionierenden Metropole: in Bildung, Verwaltung, Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung, öffentliche Einrichtungen und eine moderne Wärme- und Energietechnik. Berlin holt damit nach, was jahrelang liegengeblieben ist – und rüstet die Stadt technisch wie strukturell für die Zukunft.

Parallel dazu bleibt Haushaltsdisziplin geboten. Die Konsolidierung unter hohem Druck ist ein Balanceakt, aber unverzichtbar für langfristige Stabilität und Handlungsfähigkeit.

Das Bundes-Sondervermögen verschafft Berlin glücklicherweise einen Spielraum, der lange fehlte. Es ermöglicht die Finanzierung zentraler Infrastrukturprojekte trotz knapper Kassen: von der Sanierung maroder Brücken über die Modernisierung öffentlicher Gebäude bis zur Stärkung der Sicherheitsbehörden.

Auch beim Stadtgrün setzt die Stadt neue Akzente. Eine wachsende Metropole braucht gesunde, gepflegte Bäume – als Schutz vor Hitze, für bessere Luft und für mehr Lebensqualität in allen Kiezen. So geht wirksame Klimapolitik ohne ideologische Verbote.

Seit der Wiederholungswahl steuert der CDU-geführte Senat Berlin wieder auf einen Kurs der Verlässlichkeit, Stabilität und Modernisierung. Klar ist jedoch: Die Versäumnisse der Vergangenheit lassen sich nicht in einer verkürzten Legislatur aufholen.

Umso entscheidender ist der Blick auf 2026. Nur wenn der eingeschlagene Weg fortgeführt wird, kann Berlin neu und stark aufgestellt werden. Die Investitionsoffensive braucht flankierende Reformen und konsequente Konsolidierungsmaßnahmen in Bereichen, die sich die Stadt nicht mehr leisten kann. Dieser Dreiklang aus Investieren, Reformieren und Konsolidieren ist der Schlüssel zu einem funktionierenden, modernen Berlin – ein Rückfall in alte, linksgrüne Muster hingegen würde die Zukunftsfähigkeit der Hauptstadt gefährden.

Wichtiger Schritt im Kampf gegen illegalen Welpenhandel und für mehr Tierwohl in der EU

Ein Beitrag von Hildegard Benetele, Mitglied im Europäischen Parlament

Der illegale Welpenhandel erlebt jedes Jahr vor Weihnachten seinen traurigen Höhepunkt. Auch in Berlin ist der unseriöse Verkauf von Hundewelpen und Kätzchen noch immer ein ernst zu nehmendes Problem. Doch in der EU gab es vor wenigen Tagen beim Tierschutz einen echten Durchbruch: EU-Kommission, Rat und Parlament haben sich im Trilog auf eine neue EU-Verordnung und damit auf Regeln zum stärkeren Schutz von Hunden und Katzen sowie zur besseren Rückverfolgbarkeit geeinigt. Das EU-Parlament hatte sich bereits im Juni im Plenum mit dem Thema befasst.

„Die EU macht mit der Verordnung einen wichtigen Schritt im Kampf gegen den illegalen Welpenhandel und bringt entschlossene Maßnahmen für Tierschutz und Tierwohl auf den Weg! Mit der neuen Regelung werden erstmals einheitliche Mindeststandards für Zucht, Haltung und Handel von Haustieren in Europa eingeführt. Das ist ein großer Erfolg“, erklärt die Berliner CDU-Europaabgeordnete Hildegard Bentele, die sich seit vielen Jahren gemeinsam mit Tierschützern und Tierschutzorganisationen dafür einsetzt.

Ab 2028 soll eine verpflichtende Kennzeichnung aller Hunde und Katzen mit Mikrochip sowie ihre Registrierung in EU-weit abrufbaren Datenbanken gelten. Berlin ist in dieser Sache bereits Vorreiter: Die Chip-Pflicht gilt hier seit 2010, eine Registrierungspflicht seit 2022.

Mit Blick auf die Umsetzung wurde auf angemessene Übergangsfristen für private Tierhalter geachtet. „Fast die Hälfte aller europäischen Haushalte hat ein Haustier. Wir wollen nicht die Menschen ärgern, sondern das organisierte Verbrechen bekämpfen“, erklärt Bentele. Daher gilt die Chip-Pflicht bei Hunden erst zehn, bei Katzen sogar erst 15 Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung. Händler hingegen müssen innerhalb von vier Jahren alle Tiere chippen.

„Mit der Chip-Pflicht soll der unseriöse Verkauf von Katzen und Hunden aus ‘Welpenfabriken’ und Qualzuchten gestoppt werden. In Zukunft kann jedes Tier eindeutig einem Händler oder einem Halter zugeordnet werden. Der Verkauf ohne oder mit gefälschten Papieren wird damit eingedämmt“, erklärt Bentele.

Auch der klassische Verkauf über Tierhandlungen, bei dem die Tiere im Schaufenster ausgestellt werden, wird verboten. Der Onlinehandel soll noch stärker kontrolliert werden als bisher. Ebenso werden bei der Zucht deutliche Grenzen gezogen. In Zukunft wird es Mindeststandards zur Versorgung, zum Platzangebot, zu Auslauf und tierärztlicher Betreuung geben und damit verhindert, dass Tiere auf engstem Raum gehalten werden.

„Der Markt für Hunde und Katzen in der EU ist groß und damit auch die Gewinnmöglichkeiten durch den unseriösen Verkauf der Tiere. Illegale Welpenhändler haben bisher von lückenhaften Gesetzen profitiert. Diese Lücke schließen wir jetzt“, freut sich Bentele. Mit der neuen Verordnung sendet die EU ein deutliches Signal: Haustiere sind keine Ware, sondern Lebewesen mit Anspruch auf Schutz und artgerechte Haltung. Die Regelung soll vom EU-Parlament im kommenden Jahr beschlossen werden und 2028 vollständig in Kraft treten.

Dirk Stettner (56) ist direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis Pankow 4. Im April 2023 folgte er Kai Wegner im Amt des Vorsitzenden der 52-köpfigen CDU-Abgeordnetenhaus-Fraktion.

Kein Geld für Extremisten – CDU verschärft Kurs gegen Verfassungsfeinde

Ein Beitrag von Dirk Stettner, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Die Regierungsfraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses verschärfen ihren Kurs gegen Extremisten und fordern ein konsequentes Vorgehen gegen all jene, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung unterwandern wollen. Ziel ist es, zu verhindern, dass Organisationen, die unsere Demokratie bekämpfen, weiterhin Steuergelder erhalten oder staatliche Strukturen missbrauchen. „Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist das Fundament unseres Staates“, erklärt Dirk Stettner. „Wer sie angreift, greift die Demokratie selbst an.“

Deutschland ist ein Land, das aus seiner eigenen Vergangenheit klug geworden ist. Die politische Instabilität der Weimarer Republik und der anschließende Machtaufstieg der Nationalsozialisten haben gezeigt, wie gefährlich es ist, Extremisten zu unterschätzen. Diese Erfahrung hat dazu geführt, dass das Grundgesetz nicht nur die Freiheit schützt, sondern auch Vorkehrungen dagegen trifft, dass Feinde der Demokratie sie mit ihren eigenen Mitteln zerstören können.

Gleichzeitig zieht das Grundgesetz eine klare Lehre: Macht darf nie grenzenlos sein. Der Staat darf nicht spontan, aus Stimmungen heraus oder unter dem Druck des politischen Wettbewerbs entscheiden, wer als Gegner gilt. Deshalb sind die Voraussetzungen für ein Parteienverbot bewusst extrem hoch – nicht als Hürde, sondern als Schutz vor Willkür.

Der neue Antrag der CDU und SPD richtet sich gegen alle Formen des Extremismus – gegen Rechtsradikale, linksextreme Gruppen und islamistische Netzwerke. Entscheidend ist allein, ob eine Organisation darauf abzielt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beschädigen, auszuhöhlen oder abzuschaffen. Dabei geht es nicht um politische Meinungen, sondern um verfassungsfeindliche Ziele.

Die Regeln dafür sind klar: Verbote werden nicht im Plenum nach Mehrheitslage beschlossen. Sie folgen einem rechtsstaatlichen Prüfprozess. Der Verfassungsschutz sammelt die Fakten, die Gerichte prüfen diese sorgfältig, und letztlich entscheidet allein das Bundesverfassungsgericht. Stettner betont: „Das ist kein bürokratisches Hindernis, sondern ein bewusst eingebauter Schutzmechanismus vor Machtmissbrauch und politischer Willkür.“

Die CDU Fraktion Berlin macht deutlich, dass die Demokratie nicht durch schrille Forderungen, sondern durch klare Verfahren geschützt wird. Wer das Grundgesetz angreift, muss mit rechtssicheren Konsequenzen rechnen. Schnellschüsse und populistische Forderungen mögen kurzfristig Applaus bringen, schwächen aber auf Dauer die demokratischen Institutionen. Gründlichkeit steht deshalb über Geschwindigkeit, Recht über Lautstärke.

Dazu gehört auch ein entschlossener Schnitt bei der Finanzierung: Kein Verein, keine Organisation, keine Partei, die die Grundordnung bekämpft, darf weiterhin aus öffentlichen Kassen unterstützt werden. Staatliche Förderung für Extremisten ist nicht nur widersinnig, sie untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat.

„Demokratie ist kein Luxus, sondern Verantwortung“, sagt Stettner. „Wer sie verteidigt, tut das mit Maß, Respekt und Entschlossenheit. Wer sie angreift, muss damit rechnen, dass der Staat die nötigen Mittel nutzt, um sich zu schützen.“

Olympia als Investitionsbooster für Berlin

Jubelnde Fans, wehende Fahnen, Sommerwetter wie aus dem Bilderbuch – die Erinnerungen an das Sommermärchen 2006 sind für viele auch 20 Jahre nach der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland noch lebendig. Die Begeisterung der Menschen sorgte für eine Welle der Euphorie im Land, auch wenn Deutschland den Titel am Ende nicht gewann.

Genau diesen Geist will Berlin nun neu entfachen. Allerdings nicht mit dem runden Leder, sondern mit dem größten Sportereignis der Welt: den Olympischen Sommerspielen. Die Hauptstadt bewirbt sich – gemeinsam mit Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein – um die Spiele 2036, 2040 oder 2044.

Für den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner ist Olympia weit mehr als eine sportliche Großveranstaltung. „Die Olympischen und Paralympischen Spiele sind eine Riesenchance für Berlin. Das wird ein wahrlicher Investitionsbooster in unsere Stadt. In die Infrastruktur, in den öffentlichen Nahverkehr, Investitionen in den Wohnungsbau“, ist er überzeugt. Modernisierte Sportanlagen, ein ausgebauter öffentlicher Nahverkehr und zusätzliche Wohnungen – darunter das Olympische Dorf, das nach den Spielen als regulärer Wohnraum für die Berlinerinnen und Berliner dienen soll – gehören zu den zentralen Projekten, die mit umfangreicher finanzieller Unterstützung des Bundes umgesetzt werden könnten. Diese Fördermittel fließen jedoch nur, wenn Berlin am Ende tatsächlich als Austragungsort ausgewählt wird. Vorbild sind die Olympischen Spiele in Paris 2024. An diesem Beispiel zeigt sich eindrucksvoll, wie nachhaltig olympische Investitionen wirken können. Die französische Hauptstadt profitiert bis heute von verbesserten Verkehrswegen, neuen Quartieren und modernisierten Sportstätten. Diese historische Chance will auch der Berliner Senat für die deutsche Hauptstadt nutzen.

Im September des kommenden Jahres wird der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) entscheiden, welche Stadt Deutschland ins Rennen schickt. Mit Blick auf die Konkurrenz aus München, Hamburg und der Rhein-Ruhr-Region zeigt sich der Regierende überzeugt: „Um die Spiele nach Deutschland zu holen, wird man an Berlin nicht vorbeikommen.“ Schließlich habe die deutsche Hauptstadt in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, dass sie internationale Großveranstaltungen erfolgreich ausrichten kann: von der Fußball-EM über die Special Olympics, den Berlin Marathon, das ISTAF bis hin zu zahlreichen Europa- und Weltmeisterschaften verschiedenster Sportarten. Und so besteht schon jetzt die Hoffnung, dass Olympia Berlin nicht nur modernisiert, sondern auch zusammenführt – und zu einem neuen Sommermärchen wird.

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Steifensandstraße 8, 14057 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, cduberlin@cdu.berlin; REDAKTIONSLEITUNG: Dr. Ottilie Klein; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Stéphanie Weber, Janine Remme, Oliver Cywinski; SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski; Druckerei: Heenemann, Berlin

BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: Dirk Reitze; Seite 3: Michael Benett; Seite 4 Carol Neukirch; Seite 5: Carol Neukirch, Patrick Liesener, Tobias Koch; Seite 6: Christiane Lang, ALU; Seite 7: Tobias Koch; Seite 8: 4x Patrick Liesener, KI Gemini; Seite 9: KI Chat GPT, Florian Möhr; Seite 10: Wikipedia/ Eisenacher, Dirk Reitze; Seite 11: Büro Stefan Evers; Seite 12: Büro Hildegard Bentele; Seite 13: Büro Dirk Stettner; Seite 14: pixabay/Achim Scholty, Carol Neukirch; Seite 15: Dirk Reitze; Seite 16: Christiane Lang, Bernd Siggelkow

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.

Auszeichnung für Menschlichkeit und Zusammenhalt

Berlin hat auch dieses Jahr eindrucksvoll gezeigt, welche Kraft freiwilliges Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt besitzt. Bei der feierlichen Verleihung des Eberhard-Diepgen-Preises am 26. November im Unionhilfswerk in Kreuzberg ehrte die CDU Berlin wieder Initiativen, die unsere Stadt menschlicher, wärmer und widerstandsfähiger machen. Mit dem mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis sowie einem Ehrenpreis wurden Projekte ausgezeichnet, die Brücken bauen und das Miteinander in Berlin nachhaltig stärken.

Der Eberhard-Diepgen-Preis – ein Zeichen für Verantwortung und Zusammenhalt

Der Eberhard-Diepgen-Preis wurde von der CDU Berlin ins Leben gerufen, um das Wirken jener sichtbar zu machen, die sich mit besonderer Hingabe für unsere Stadt engagieren. Benannt nach dem langjährigen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, steht die Auszeichnung für einen Politikstil, der das Miteinander stärkt und gesellschaftliche Verantwortung in den Mittelpunkt stellt. Jahr für Jahr würdigt der Preis Initiativen, die nicht nur Missstände erkennen, sondern selbst aktiv werden, um Berlin sozialer, gerechter und lebenswerter zu gestalten. Er ist damit mehr als eine Ehrung – er ist ein Bekenntnis zu einer Stadt, die auf den Einsatz und die Ideen ihrer Bürgerinnen und Bürger baut.

Der Hauptpreis: BAK 07 und „move2respect“

Der traditionsreiche Berliner Athletik Klub 1907 e.V. erhielt den Hauptpreis für das Projekt „move2respect“, das in Kooperation mit Makkabi Deutschland umgesetzt wird. Der Verein zeigt beispielhaft, wie der Fußballplatz zu einem Raum des Dialogs und gelebten Respekts werden kann.

„move2respect“ richtet sich gezielt an jüdische und muslimische Aktive in Berliner Sportvereinen. Workshops qualifizieren Multiplikatoren, die in ihren Vereinen für einen wertschätzenden Umgang, Vielfalt und Gemeinschaft eintreten. So entsteht ein starkes Netzwerk, das Vorurteile abbaut und Zusammenhalt fördert.

Makkabi Deutschland bringt dabei seine langjährige Erfahrung ein: Die weltweit agierende jüdische Jugendbewegung verbindet sportliches Engagement mit kultureller Bildungsarbeit und wurde bereits 1960 vom Internationalen Olympischen Komitee als „Internationale Sport-Vereinigung von Olympischem Rang“ eingestuft.

Der BAK 07 und seine Partner setzen ein klares Zeichen gegen Diskriminierung und Antisemitismus – und für ein Berlin, das zusammensteht.

Der Ehrenpreis: Hürdenspringer Mentoring

Mit dem Ehrenpreis wurde das Mentoring-Projekt „Hürdenspringer“ ausgezeichnet. Die Initiative begleitet seit vielen Jahren Kinder und Jugendliche aus herausfordernden Lebenssituationen. Ehrenamtliche Mentoren bilden stabile Bezugspersonen, die Orientierung geben, Mut machen und neue Perspektiven eröffnen.

Die „Hürdenspringer“ schaffen wichtige Verbindungen zwischen unterschiedlichen Lebenswelten und stärken vor allem das Selbstvertrauen junger Menschen. Jede Begegnung schafft neue Möglichkeiten – ein Ansatz, der zeigt, wie wirksam menschliche Zuwendung sein kann. Ihr Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit und Integration ist kaum hoch genug einzuschätzen.

Ein starkes Signal für Berlin

Die Verleihung des Eberhard-Diepgen-Preises unterstreicht die zentrale Bedeutung des Ehrenamtes für unsere Stadt. Die diesjährigen Preisträger beweisen, dass Solidarität kein abstrakter Begriff ist, sondern im täglichen Einsatz für andere Gestalt annimmt. Mit Mut, Herz und Handfestigkeit gestalten sie das Miteinander und machen Berlin zu einer Stadt, die zusammenhält und in der alle eine Chance haben.

Eine Weihnachtsgeschichte

von Pastor Bernd Siggelkow

CDU Landesverband Berlin, Steifensandstr. 8, 14057 Berlin

Es war Heiligabend. Mit meinem Auto, vollgeladen mit Lebensmittelkisten und Weihnachtsgeschenken, fuhr ich durch Berlin, wie jedes Jahr, um Familien zu überraschen. Arme und herausgeforderte Familien, ohne Tannenbaum, ohne Geschenke und ohne Festbraten, die versuchen, „die schöne Zeit des Jahres“ zu überstehen.

Ein Besuch galt einer Mutter, die von ihrem Mann verlassen wurde, der das Konto leerräumte und sie mit vier Kindern im wahrsten Sinne des Wortes allein ließ. Die Wohnungstür stand offen. Die älteste Tochter mit 13 Jahren stand in der Tür, ein Baby auf dem Arm. Während ich die schweren Kartons brachte, beruhigte das blonde Mädchen das kleine Kind. Ich fragte: „Wo sind denn deine Geschwister und deine Mama?“ „Mama schämt sich. Sie ist mit meinen Brüdern auf dem Spielplatz“, stammelte sie und weinte. Ich tröstete sie. Ihr Körper zitterte. Sie nahm mich in den Arm und flüsterte: „Danke“. Ich spürte Schmerz, Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht, musste mich zusammenreißen, um nicht zu emotional zu werden.

Meine Worte und Telefonnummer für den Notfall konnten nur ein kleiner Zuspruch sein. Die Tür fiel ins Schloss, zurück blieben ein 13-jähriges Mädchen, ein Baby und Geschenke, die kein Weihnachtstrost sein konnten. Eine Familie, die kein Fest der Hoffnung feiern konnte. Doch dieses tränenerfüllte „Danke“ ließ mich nicht los. Das war mehr als ein Orden oder eine Auszeichnung. Es war wie ein kurzes aufflackerndes Licht in der absoluten Finsternis.

Geht es an Weihnachten eigentlich nicht gerade darum? Das Licht kommt in die Dunkelheit und bringt Hoffnung und Trost? Gott kommt in die Trostlosigkeit mit Licht und Wärme? Die Krippe wird zu einem Symbol der Liebe - ein Licht, das alle Schatten des Leids, der Einsamkeit, der Trauer und Resignation verschwinden lässt. Gott wird Mensch und geht nicht zu den Schönen und Reichen, sondern legt sich zu den „normalen“ Menschen, aber auch zu den Schwachen, Bedürftigen, zu den Handwerkern, Schäfern und dann nebenbei noch zu Königen aus anderen Ländern.

So ein Licht, so eine Wärme und vor allem so eine Hoffnung in unserer Gesellschaft haben wir gerade sehr nötig. Die Unsicherheit nimmt zu, und damit die Unzufriedenheit. Wir erleben immer mehr Hass und Hetze. Auch wenn es uns im Grunde gut geht, wir in Freiheit und in Demokratie leben, die oft ihres Gleichen sucht, gibt es viele Menschen, die mit nichts zufrieden sind.

Wenn ich an die 13-jährige denke, die resigniert und traurig auf ihre schamerfüllte Mutter und ihre Geschwister wartet und tränenerfüllt mir ein „Danke“ entgegen stammelt, wird mir bewusst, wie gut es uns eigentlich geht. Ja, es geht uns gut! Vielleicht würde es uns noch bessergehen, wenn wir näher zusammenrücken, dankbarer werden und nicht den Massen folgen, die hinter jedem Busch einen Teufel sehen.

Kennedys berühmter Appell gilt für uns alle: „Frag nicht, was diese Gesellschaft für dich tun kann, sondern was du für diese Gesellschaft tun kannst“. Diese Gesellschaft ist nur so stark, wie wir sie gestalten. Dankbarkeit, Empathie und Nächstenliebe verändern diese Welt und geben uns allen einen positiven Antrieb.

Weihnachten wird dadurch nicht nur zu einer Zeit der Besinnung, ein Fest der Familie und Entschleunigung, sondern viel mehr schärft es unseren Blick auf ein gesellschaftliches Miteinander, einer hoffnungsvollen Zukunft und der Dankbarkeit für das, was wir bereits haben. Weihnachten schärft unseren Blick auf das Wesentliche und es bringt das ans Licht, was jeder Mensch in seinem Herzen wirklich braucht: Liebe!